

„Das ist echt schräg, was die Ausländer kriegen“ – Armuts- und Gewalterfahrungen prekär arbeitender Mütter und die Empfänglichkeit für rechte Ideologeme

Der Beitrag analysiert anhand einer ethnografischen Erhebung unter Fabrikarbeiterinnen in der Steiermark, wie sich rechte Ideologeme in alltäglichen Deutungsmustern manifestieren. Die Analyse differenziert zwei empirische Register: Im Bereich des Wohlfahrtschauvinismus werden konkrete Armutserfahrungen explizit mit strukturellen Aspekten verknüpft, während bei Fragen nach Geschlechtergleichberechtigung Gewalterfahrungen nicht in eine strukturelle Kritik überführt werden, sondern die Bedrohung durch migrantische Männer in den Vordergrund gestellt wird. Rechte Gruppierungen instrumentalisieren diese Ideologeme, indem sie Mutterschaft und prekäre Lebensweisen gekonnt adressieren. Der Artikel thematisiert abschließend Interpretationsangebote für die Ursachen gegenwärtiger Faschisierung und plädiert für eine Analyse, die gesellschaftliche Grundstrukturen, die gegenwärtige politische Konjunktur und subjektive Verarbeitungsweisen zusammen denkt.

In postindustriellen Nationen kann übergreifend ein sogenannter *gender voting gap* festgestellt werden: Ein Unterschied zwischen Männern* und Frauen¹ hinsichtlich des Wählens rechtspopulistischer

1 Der Asterisk soll auf die soziale Konstruktion der Geschlechterbinarität verweisen. Dies ermöglicht es beispielsweise, statistische Unterschiede zu benennen, ohne von einer bestehenden Geschlechterbinarität auszugehen.

Parteien.² Dieser Gap schließt sich jedoch seit einigen Jahren. Der Frauenanteil in der Wähler:innenschaft rechter Parteien nimmt international zu, und auch in Österreich schrumpfte der *gender voting gap* unter den FPÖ-Wählenden bei der Nationalratswahl 2024 auf einen einzigen Prozentpunkt, während 2019 fast doppelt so viele Männer wie Frauen ihr Kreuz bei der FPÖ machten.³ Woran dies liegt, ist Gegenstand diverser wissenschaftlicher Analysen und Debatten. Eine wichtige Unterscheidung, entlang derer nach Erklärungen gesucht wird, ist die Frage nach *deskriptiver* und *substantieller Repräsentation*. Ersteres bedeutet, dass sich die soziodemografischen Merkmale zwischen Wählenden und zur Wahl Stehenden überschneiden, während Zweiteres eine inhaltliche Adressierung der Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe bezeichnet.⁴ Eine Metastudie aus dem Jahr 2023 legt die Annahme nahe, dass es vor allem *substantielle Repräsentation* ist, die Wählerinnen zu den populistischen radikal-rechten Parteien führt.⁵ Zentral erscheint dabei, dass rechte Parteien politische Frauenanliegen direkt mit Familienpolitiken verknüpfen und Wählerinnen gezielt in ihrer Rolle als Ehefrauen und Mütter adressieren.⁶

Um die Attraktivität rechter Inhalte für Frauen in der Gegenwart umfassend zu verstehen, scheint es unabdingbar, sich diesen Dynamiken auch aus Perspektive der Alltagskulturforschung anzunähern – nicht zuletzt, um zu verstehen, was die oben erläuterte substantielle Repräsentation lebensweltlich konkret bedeutet und wie sie

Die in diesem Artikel zitierten Statistiken sind stets vor dem Hintergrund dieses Verweises zu lesen.

- 2 Eelco Harteveld, Wouter van der Brug, Stefan Dahlberg u. a.: The gender gap in populist radical-right voting. Examining the demand side in Western and Eastern Europe. In: *Patterns of Prejudice* 49 (1–2), 2015, S. 103–134.
- 3 David Laumer, Katrin Praprotnik: Nationalratswahl 2024. Wählerstromanalyse und Wahlbefragung. In: FORESIGHT Research Hofinger GmbH, https://www.foresight.at/fileadmin/user_upload/wahlen/2024_ORF-FORESIGHT-ISA_Wahlbefragung-NRW24.pdf (Zugriff: 24.4.2026).
- 4 Siehe z. B. Danielle Joesten Martin: Playing the Women's Card. How Women Respond to Female Candidates' Descriptive Versus Substantive Representation. In: *American Politics Research* 47 (3), 2019, S. 549–581.
- 5 Juliana Chueri, Anna Damerow: Closing the gap. How descriptive and substantive representation affect women's vote for populist radical right parties. In: *West European Politics* 46 (5), 2023, S. 928–946, hier S. 942.
- 6 Ebd., S. 931.

sich aus Sicht der Beteiligten darstellt. In diesem Beitrag möchte ich dieser Frage entlang einer Forschung im österreichischen Bundesland Steiermark entlang von ethnografischem Material nachgehen. Die These des Artikels lautet, dass viele Frauen der *prekären Klasse*⁷ von rechten Gruppierungen erfolgreich entlang ihrer biografischen und alltäglichen Erfahrungen und ihres *Alltagsverstandes*⁸ adressiert werden. Diese Interpretation ergibt sich aus der Analyse des von mir erhobenen Materials im Rahmen meiner Forschung zu Müttern, die (meist als Leiharbeiterinnen) in Fabriken arbeite(te)n.

Viele gegenwärtige Analysen leiten das Vertreten rechtsradikaler Ideologien von Abstiegserfahrungen oder -ängsten in der Gegenwart ab. Auf Basis der erhobenen Empirie werde ich zeigen, dass Erfahrungen in den Narrativen der Befragten in Fragen von Geschlechtergleichberechtigung ausgeblendet werden, während sie im Themenbereich der Armut bewusst herangezogen werden, um jedoch in beiden Fällen auf ein migrantisches Außen zu verweisen. Auf dieser Erkenntnis aufbauend, frage ich danach, wie ein adäquates theoretisches Modell aussehen müsste, das die Bedingungen dieser Empfänglichkeit auf verschiedenen Ebenen – von basalen gesellschaftlichen Strukturen über die aktuelle politische Konstellation hin zu Psychodynamiken – verständlich macht. Vor dem Hintergrund der gewonnen Erkenntnisse aus dem empirischen Material schlage ich eine Kombination aus kritisch-theoretischer und konjunkturanalytischer Herangehensweise für die Untersuchung von Faschisierungsprozessen vor.

- 7 Andreas Reckwitz: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin 2019, S. 102–107. Ich spreche im Folgenden von Klasse, um auf die theoretische Verankerung in den materialistischen Theorien zu verweisen, deren Prämisse der Zusammenhang (oder Widerspruch) zwischen den Klassen darstellt (womit ich mich abseits des hier verwendeten Begriffs der prekären Klasse von Reckwitz' Analyse eher abgrenze).
- 8 Vgl. Benjamin Opratko: Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci. Münster 2012, S. 44–47; Ove Sutter: Alltagsverstand. Zu einem hegemonietheoretischen Verständnis alltäglicher Sichtweisen und Deutungen. In: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde 119 (1+2), 2016, S. 41–70.

Empirische Grundlage und methodisches Vorgehen

Zunächst ist jedoch ein kurzer Einblick in die Erhebungspraxis und eine Erläuterung dazu, wie das in der Einleitung benannte Thema zu einem zentralen Aspekt meiner Forschung avancierte, vonnöten: Im Rahmen der empirischen Erhebung führte ich mit 27 Fabrikarbeiterinnen semistrukturierte Interviews durch, um ihrer *alltäglichen Lebensführung*⁹ in der *produktiven* und *reproduktiven Sphäre*¹⁰ sowie ihren politischen Einstellungen nachzuspüren. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte nach zwei Kriterien: Sie mussten mindestens ein Kind und Erfahrung in der Fabrikarbeit haben. Das Sample umfasst Frauen aus unterschiedlichen Industriesektoren und spiegelt damit den empirischen Befund wider, dass der Zugang zur Fabrikarbeit weniger durch die Art der Produktion als durch ihre strukturellen Bedingungen bestimmt ist. Der Zugang zum Feld erfolgte über mehrere Kanäle, darunter ausgedehnte persönliche Netzwerke, die teilweise durch meine eigene Erfahrung mit Teilzeitarbeit in einer Fabrik während meiner ersten zweieinhalb Studienjahre geprägt waren, sowie über soziale Medien und Kontakte, die sich im Laufe der Feldforschung entwickelten.

Die Interviews wurden in der Regel mit einer narrativen Einstiegsfrage zu den Umständen des Aufwachsens eingeleitet. Im

- 9 Ich beziehe mich hier einerseits auf das soziologische Konzept, das im Rahmen der Münchener Subjektsoziologie entwickelt wurde. Karin Jurczyk, Gerd Günter Voß: Zur gesellschaftsdiagnostischen Relevanz der Untersuchung von alltäglicher Lebensführung. In: Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung“ (Hg.): Alltägliche Lebensführung. Wiesbaden 1995, S. 371–407; Ich denke dies jedoch mit einem stärker materialistischen Verständnis von *Lebensweise*, das in der Alltagskulturforschung ab den 1980er Jahre eine wichtige Rolle spielte, in Verbindung. Kaspar Maase: Arbeiterkultur und Lebensweiseforschung. In: Olaf Bockhorn, Helmut Eberhart, Wolf Dieter Zupfer (Hg.): Auf der Suche nach der verlorenen Kultur. Arbeiterkultur zwischen Museum und Realität. Wien 1989, S. 199–225. Dies ermöglicht es m. E., die wichtige Subjektorientierung mit einer materialistischen Ausrichtung zu kombinieren, was insbesondere für die hier vorliegende Empirie von großer Relevanz ist.
- 10 Vgl. Irina Herb, Sarah Uhlmann: Zum Widerspruch zwischen Akkumulation und der Reproduktion von Leben: Social Reproduction Theory als umfassende Analyse kapitalistischer Gesellschaften? In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 54 (1), 2024, S. 11–31.

Anschluss an diese biografisch-narrative *Erzählaufforderung*¹¹ sollte eine leitfadengestützte Interviewphase¹² das Verständnis der sozio-ökonomischen Lage sowie der *sozialen Selbsteinschätzung*¹³ vertiefen.¹⁴ Diese Kombination erlaubte es, autobiografische Narrationen ebenso wie Berichte über den Alltag und Reflexionen über gegenwärtige soziopolitische Entwicklungen zu erheben und damit individuelle Erfahrungen in breitere diskursive Felder einzuordnen. Die Interviews wurden – mit wenig Ausnahmen – in steirischem Dialekt geführt und anschließend mit *f4* transkribiert und in *MaxQDA* ausgewertet, wobei narrative Analyse mit induktiver Kodierung kombiniert wurde. Dabei achtete ich auf wiederkehrende Erzählmuster, semantische Felder und biografische Wendepunkte.¹⁵ Zusätzlich arbeitete ich während mehrwöchiger Forschungsaufenthalte in zwei Fabriken in der beforschten Region mit, um im Sinne einer teilnehmenden Beobachtung vertiefende Erkenntnisse, insbesondere hinsichtlich der Dynamiken in der Fabrik zu erhalten.¹⁶

Die Befragten waren zum Zeitpunkt des Interviews zwischen 26 und 58 Jahre alt und leben oder lebten alle in heterosexuellen

- 11 Wolfram Fischer-Rosenthal, Gabriele Rosenthal: Narrationsanalyse biographischer Selbstpräsentation. In: Ronald Hitzler, Anne Honer (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Wiesbaden 1997, S. 133–164, hier S. 140–144.
- 12 Tom Wengraf: Qualitative Research Interviewing. London 2001, S. 51–59.
- 13 Sighard Neckel: Die gefühlte Unterschicht. Vom Wandel der sozialen Selbsteinschätzung. In: Rolf Lindner, Lutz Musner (Hg.): Unterschicht. Kulturwissenschaftliche Erkundungen der Armen in Geschichte und Gegenwart. Freiburg im Breisgau 2008, S. 19–40.
- 14 Mit den 27 Personen fand jeweils ein Interview statt. Mit manchen fanden weitere informelle Gespräche und Telefonate statt. Darüber hinaus führte ich vier Interviews mit weiteren Arbeiter:innen ausserhalb der Haupterhebungsgruppe sowie vier Experteninterviews mit Gewerkschaftern und Betriebsräten.
- 15 Siehe z. B. Silke Meyer: Editorial: Special Issue: Narrative analysis and identity politics. *Fabula. Journal of Folktale Studies*. 59 (1–2), 2018, 1–7; Ueli Mäder: Was biografische Zugänge erhellen. In: Bernhard Hauptert, Sigrid Schilling, Susanne Maurer (Hg.): Biografiearbeit und Biografieforschung in der Sozialen Arbeit. Beiträge zu einer rekonstruktiven Perspektive sozialer Professionen. Bern 2010, S. 53–70, hier S. 56.
- 16 Die besprochenen Forschungsaufenthalte fanden im Juli 2022 und 2023, einmal im Bereich der Chemieproduktion und einmal in der Elektronikproduktion statt.

Partnerschaften. Sie wohnen überwiegend in ländlichen Gebieten und pendeln für ihre Erwerbsarbeit in nahegelegene Städte. Alle Befragten stammen aus nichtakademischen, überwiegend Arbeiter:innenfamilien und ihre Erwerbsbiografien sind durch Unterbrechungen infolge reproduktiver Verpflichtungen geprägt.

Da die Gespräche in der Fabrik und die Interviews, die in der Regel bei den Interviewten zu Hause stattfanden, von regelmäßig wiederkehrenden rechten Ideologemen geprägt waren, gewannen diese zunehmend an Bedeutung für meine ethnografische Forschung. Im vorliegenden Beitrag möchte ich mich zwei Ideologemen widmen, die die Gespräche in besonderem Maße prägten: Erstens wurden Geschlechtergleichberechtigung und insbesondere sexualisierte Gewalt als Probleme von Migrant:innen und als der ‚eigenen‘ Gesellschaft nicht (mehr) inhärent angesehen, obschon viele der Befragten Gewalt innerhalb ihrer Familien erfuhren. Zweitens werde ich wohlfahrtschauvinistische Äußerungen analysieren, die insbesondere dann zum Vorschein traten, wenn Interviewte über ihre eigenen Erfahrungen mit staatlichen Leistungen und über Momente, in denen sie Armut(sgefährdung) erlebten, sprachen.

Das geschilderte Vorgehen, sich dem Thema über die Biografien und die alltägliche Lebensführung der Gesprächspartnerinnen zu nähern, anstatt gezielt Personen mit rechten oder autoritären Einstellungen oder gar aktive Rechte zu befragen, ermöglicht aus meiner Sicht eine lebensweltlich informierte Analyse, die für das Verständnis der aktuellen Mobilisierungspotenziale und -erfolge rechter Gruppierungen besonders erhellend ist.¹⁷ Betont sei an dieser Stelle, dass ich mit meiner aus dieser qualitativen Erhebung resultierenden Analyse keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben möchte. Die im Folgenden besprochenen Aspekte können jedoch – so meine Hoffnung – aufschlussreich für weitere Forschungen zu Fragen der gegenwärtigen Faschisierung sein, insbesondere mit Blick auf die Intersektion von Klasse und Gender.

17 Vgl. Moritz Ege: Zur Kulturanalyse des Bevormundungsvorwurfs. Ein Beitrag zur Populärkultur- und Populismusforschung. In: Schweizerisches Archiv für Volkskunde = Archives suisses des traditions populaires 119 (1), 2023, S. 7–31, hier S. 23–25.

Gleichberechtigung – „Ich finde jetzt nicht, dass wir österreichischen Frauen so schlecht aufgestellt sind“

In den Interviews fragte ich also zunächst nach den biografischen Verläufen und der alltäglichen Lebensführung. Daran schloss ich einen Fragenkomplex zum Überthema *politische Einstellungen* an, in dem ich unter anderem nach der Einschätzung der aktuellen Lage der Geschlechtergleichberechtigung fragte.¹⁸ Die biografischen Erzählungen beinhalteten häufig Berichte über Gewalterfahrungen: Viele Gesprächspartnerinnen sprachen im Laufe der Interviews über erlebte Gewalt durch ihre (Stief-)Väter, unbenannte Täter innerhalb der Familie beziehungsweise des Familienumfelds oder ihre (Ex-)Partner. Daraus folgte aber weder in den Erzählungen noch in den allgemeineren Einschätzungen eine Kritik an den gesellschaftlich-strukturellen Gewaltverhältnissen, in die die erlebten Taten – weiten Teilen der sozialwissenschaftlichen Debatte zufolge – eingebettet sind. Stattdessen wurden in den Interviewabschnitten zur gesellschaftlichen Geschlechtergleichberechtigung vor allem (antimuslimisch-)rassistische Argumente ins Feld geführt, die die Gewalterfahrungen gewissermaßen in ein weitergehendes Verständnis von Gesellschaft und Welt einordneten.

Diese Dynamik, die sich in sehr ähnlicher Weise bei vielen der Gesprächspartnerinnen zeigt, möchte ich anhand des Interviews mit Simone Hofer¹⁹ veranschaulichen. Sie ist zum Zeitpunkt des Interviews 53 Jahre alt, lebt in einer kleinen Gemeinde und arbeitet in der Nachtschicht eines Automobilzulieferers in der etwa zehn Kilometer entfernten Kleinstadt. Sie hat einen 34-jährigen Sohn, ist

18 Ich gestaltete diese Frage im Interview jeweils etwas anders, je nachdem, wie das Gespräch bis dahin lief und welche Begriffe von den Personen selbst verwendet wurden. In einigen Interviews wurde „Geschlechtergleichberechtigung“ mit Homosexualität assoziiert und ich musste einige Beispiele im von mir gemeinten Sinne anführen. Ich vermied es außerdem – vor dem Hintergrund persönlicher Erfahrungen im beforschten Milieu im Allgemeinen und zweieinhalb Jahren Fabrikarbeit im Speziellen –, den Begriff Feminismus zu verwenden, um nicht eine Art Triggerpunkt zu treffen. Vgl. Steffen Mau, Thomas Lux, Linus Westheuser: *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin 2023.

19 Alle Namen von Gesprächspartnerinnen sind Pseudonyme.

geschieden und ging nach ihrer Scheidung zwei längere romantische Beziehungen ein. Alle drei Beziehungen waren durch verschiedene Formen von Gewalt geprägt. Simone berichtete ausführlich über ihre Ehe, in der sie massive Gewalt durch ihren damaligen, alkoholkranken Mann erlebte. Obwohl das gewaltvolle Verhalten ihres Ex-Mannes von ihrem familiären Umfeld wahrgenommen wurde, erfuhr sie wenig Rückhalt. Als ausschlaggebendes Ereignis dafür, sich scheiden zu lassen, beschreibt sie eine Vergewaltigung durch ihren Ehemann. Im Interview berichtet sie daran anschließend über die Reaktion ihrer Familie:

„Dann bin ich gegangen und dann war [...] eineinhalb Jahre ein Rosenkrieg. Weil meine ganze Familie sich eingemischt hat, die hat nichts mehr geredet mit mir, alle nicht. Er hat ja nur gejammert, wie arm dass er ist und wie schlecht dass ich bin. Dass ich halt gehe und wie kann ich ihn nur allein lassen mit dem Haus und mit allem. Ich habe sechs Jahre keinen Kontakt gehabt zu gar niemandem von meiner Familie [*beginnt zu weinen*]. Entschuldigung, das tut immer noch weh, wenn ich rede davon. [...] Ja, den Buben [ihren Sohn] haben sie auch aufgehetzt. Der hat ja eineinhalb Jahre nichts geredet mit mir. Ich bin, so wie ich ausgezogen bin, bin ich allein dagestanden. Mit nichts. [...] Und sie haben es immer mitgekriegt, dass er säuft und dass er so tut mit mir. [...] Der Vati hat gesagt zu mir: ‚Hättest du ihn öfter lassen, dann wäre das nicht passiert‘, und mittlerweile, heuer ist er [Vater] gestorben im September, ja.“²⁰

Diese Passage lässt deutlich erkennen, dass Simoness Herkunftsfamilie ihren Ex-Mann als Opfer betrachtet, während sie zur Täterin gemacht wird, da sie es war, die sich getrennt hatte: Insbesondere ihre eigenen Eltern und ihr zu diesem Zeitpunkt bereits erwachsener Sohn verteidigen ihren Ex-Mann und erzwingen dadurch einen Kontaktabbruch mit der gesamten Familie. Neben der Ablehnung auf psychisch-emotionaler Ebene wird Simone materiell sanktioniert: Ihr Ex-Mann konnte weiterhin im Familienhaus (bestehend aus einem Teil, in dem Simoness Eltern wohnten, und einem Zubau, den Simone

gemeinsam mit ihrem Ex-Mann baute) wohnen und hatte hierfür den Rückhalt ihrer Familie, woraufhin sie sich eine Mietwohnung suchen musste. Ihr gesamtes soziales Netzwerk unterstützte demnach den gewalttätigen Ex-Mann, anstatt ihr beizustehen. Simone schließt ihre Erzählpassage mit dem Bericht darüber, wie der Vater ihr nicht nur für die Trennung, sondern auch für die erfahrene Vergewaltigung die Schuld gab. Denn, so zitiert sie ihren Vater, hätte sie „ihn öfter lassen, dann wäre das nicht passiert“.

Mit Blick auf die später im Interview gestellte Frage nach ihrer Einschätzung hinsichtlich der aktuellen Verfasstheit um Geschlechtergleichberechtigung referenziert Simone allerdings nicht auf ihre eigenen Erfahrungen:

„Ja, ich glaube, da ist, es ist bei uns in Österreich ist das gar nicht so das Thema, denke ich. Weil da, das ist eher, die, die Moslem und das, da ist schon eher so, dass du sagst, du wirst als Frau unterdrückt. Es gibt schon viele Männer, so wie, dass sie sagen, sie machen dich verbal nieder, weil sie einfach glauben, du bist als Frau nur ein Putzvetzen oder so. Gibt es heute noch immer. Müsste auch nicht sein, aber es ist halt nicht so schlimm, wie wenn du so wie die Moslem, weißt immer, die sind schon arm. Weil die mit den Tüchern herumrennen müssen und die ganze Zeit. Das ist sicher da in Österreich eigentlich nicht so extrem.“²¹

Beginnend bei einer starken Distanzierung, Gleichberechtigung sei in Österreich „kein Thema“ – womit sie impliziert, politisch müssten keine großen Veränderungen stattfinden –, leitet Simone zu einer Relativierung über, in der sie einräumt, dass es auch in Österreich Fälle des „verbalen Niedermachens“ gäbe, was sie allerdings eher gleichgültig mit „müsste auch nicht sein“ abtut, während sie abrupt dazu übergeht, die wahre Bedrohung für Geschlechtergleichberechtigung im muslimischen Außen zu verorten.

Was können wir nun aus dem diskrepanten Verhältnis zwischen der eigenen Erfahrung und der politischen Haltung ablesen? Dass die Interviewte bestehende Gewaltverhältnisse als politisch irrelevant ansieht und ihre eigene Erfahrung nicht heranzieht, um den

Status der Gleichberechtigung zu kommentieren, lese ich als einen Distanzierungs- sowie Projektionsmechanismus. Ihre eigenen, höchst schmerzhaften Erfahrungen werden nicht als politisch relevant oder strukturell verankert angesehen: Sie bezieht sich weder auf ihren gewalttätigen Ex-Partner noch auf die Folgen, die aus der Trennung resultierten, in der sie von ihrem sozialen Umfeld zur Schuldigen für ihre eigene missliche Lage (Armut, Wohnungsnot) gemacht und deshalb sanktioniert wurde. Das Erlebte wird hier nicht auf eine politische Ebene transferiert und in eine gesellschaftliche Analyse eingeflochten. Vielmehr projiziert sie das Erlebte auf ein migrantisches Außen, während die eigene Gesellschaft – losgelöst von der eigenen Erfahrung – und die eigene Position darin als gleichberechtigt imaginiert wird. Projektion bezeichnet hier im kritisch-theoretischen Sinn einen Prozess, „bei dem Triebregungen, Unbewusstes und Verdrängtes aus dem Subjekt ausgeschlossen und in einem Anderen lokalisiert und dort als Bedrohung wahrgenommen und bekämpft werden“²².

Dies ist meines Erachtens nur insofern möglich, als dass die eigenen Erfahrungen als Einzelschicksal eingeordnet werden. Weitere Interviewpartnerinnen bedienen ähnliche Topoi, als ich nach ihrer Einschätzung zur Geschlechtergleichberechtigung frage:

„Ja, weiß ich jetzt gar nicht. Könnte ich jetzt, ich sag’ eh, das mit dem, die Leute, mit denen ich zu tun habe, da ist das eigentlich sowieso kein Thema. Ja, vom Ding. Also, ich sage. Es fängt glaube ich schon wieder zum Kippen an. Im Allgemeinen durch die zu vielen Nationen schon wieder. Aber ich sage eh, im Großen und Ganzen, ich finde jetzt nicht, dass wir österreichische Frauen mittlerweile so schlecht aufgestellt sind.“²³

22 Charlotte Höcker, Henriette Rodemerk, Johanna Niendorf u. a.: Gemeinschaft und Harmonie – zur psychosozialen Funktion antifeministischer Ressentiments. Ergebnisse aus dem qualitativen Forschungsprojekt »Geschlechterdemokratie im Erzgebirge«. In: Johanna Niendorf, Fiona Kalkstein, Henriette Rodemerk u. a. (Hg.): Antifeminismus und Provinzialität. Zur autoritären Abwehr von Emanzipation. Bielefeld 2025, S. 145–170, hier S. 162; siehe hierzu auch: Rolf Pohl: Der Traum von der völkisch-patriarchalen Idylle. Antifeminismus und Rechtsextremismus als Schiefheilung der bedrohten Männlichkeit. In: ebd., S. 99–126, hier S. 111.

23 MF, 01/23.

Die hier zitierte Michaela Fuchs deutet Probleme mit ihrem Partner in unserem Gespräch vage an: Während des Berichtens über ihren früheren Partner und darüber, wie sie mit ihm zusammenzog, was „überhaupt nicht hingehaut“ habe, fängt ihr Erzählfluss zu stocken an, woraufhin sie das Thema wechselt, was mit potenziell traumatischen und schambehafteten Erfahrungen in Verbindung gebracht werden kann.²⁴ An einer anderen Stelle erläutert sie, die Pandemie habe ihrem aktuellen Partner „das Saufen“ für eine Zeit „abgeschaltet“ – während dieser Zeit war es ihm nicht möglich, in Kneipen oder Gasthäusern zu trinken. Expliziter berichtete sie jedoch nicht über erfahrene Gewalt und Alkoholismus. Auch Michaela beginnt ihre Erzählung mit dem klaren Statement, dass bei den Leuten, „mit denen [sie] zu tun habe“, Gleichberechtigung „eigentlich sowieso kein Thema“ sei. Weiter, so Michaela, fange es „schon wieder zum Kippen“ an, aufgrund der „zu vielen Nationen“. Sie resümiert ihre Überlegungen zu meiner Frage mit der Feststellung, dass „österreichische Frauen“ inzwischen nicht „so schlecht aufgestellt“ seien.

Das empirische Material entspricht verschiedenen Studienergebnissen, die Hinweise darauf liefern, dass Frauen gegenüber ‚muslimischer Migration‘ ablehnender eingestellt sind als Männer, obwohl Männer im Allgemeinen Migration kritischer gegenüberstehen als Frauen. Eine mögliche Interpretation hierfür ist, dass Muslim:innen als homogene Gruppe angesehen werden, die gewaltvoll und misogyn ist und mit liberalen, egalitären Werten ‚des Westens‘ nicht übereinstimmt, und Frauen Muslim:innen daher stärker als Bedrohung für gendergerechte und egalitäre Werte ansehen.²⁵ Mit Blick auf das erhobene Material kann zusätzlich die projektive und gewissermaßen kompensatorische Komponente einer solchen Ablehnung herausgearbeitet werden:²⁶ Während in den Gesprächen Täter innerhalb der

24 Vgl. Gabriele Rosenthal: *Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen*. Frankfurt/Main, New York 2024, S. 102.

25 Egle Gusciute, Peter Mühlau, Richard Layte: *All Welcome Here? Attitudes towards Muslim Migrants in Europe*. *International Migration* 59 (5), 2021, S. 149–165, hier S. 158.

26 Angesichts verbreiteter konservativer Auslegungen des Islams ist das keine rein projektive Imagination, aber es ist eine ideologisch verzerrte Verallgemeinerung.

Familie oder Partnerschaft zwar angedeutet oder benannt werden, erwächst daraus keine Identifikation übergreifender Mechanismen und Strukturen; es wirkt vielmehr, als würden Ahnungen solcher Zusammenhänge geradezu abgewehrt. Stattdessen werden sexistische Einstellungen, Verhaltensweisen und Strukturen auf ein muslimisches Außen projiziert, während die ‚eigene‘ Gesellschaft als ‚gleichberechtigt‘ imaginiert und verteidigt wird.

Zwischenfazit: Politische Diskurse und rechte Einstellungen

Rechte Gruppierungen instrumentalisieren solche Deutungen politisch, sie greifen sie auf und tradieren sie diskursiv weiter. Im Kontext der Forschungsregion sticht etwa die „Finger weg“-Kampagne des rechtsextremen Ringes Freiheitlicher Jugend (RFJ), der FPÖ-Jugendorganisation, aus dem Jahr 2016 ins Auge. Der RFJ-Landesobmann schreibt in diesem Zusammenhang: „Es ist höchste Zeit aufzuwachen und ausländische Sexualverbrecher auf der Stelle abzuschieben! Wie kommen steirische Frauen dazu, in Angst leben zu müssen?“²⁷ Diese Kampagne, die in der Forschungsregion Mitte der 2010er Jahre breiten Anklang fand, war ein Startschuss für unzählige weitere Kampagnen, die mit diesem Argumentationsschema arbeiteten. Sie sind jedoch bekanntlich kein Steiermark-spezifisches Phänomen: Kampagnen wie diese wurden nach der sogenannten Kölner Silvesternacht von 2015/16 verstärkt forciert²⁸ und bereits ab den 2000er Jahren in unterschiedlichsten Kontexten eingesetzt, wie Sara Farris in ihrem Buch *In the Name of Women's Rights* aufzeigt. Mit dem Konzept des *Femonationalismus* beschreibt die Soziologin das paradoxe Bündnis, in dem sich nationalistische, neoliberale und bestimmte feministische Akteur:innen zusammenfinden, um unter Berufung auf Frauenrechte antimigrantische, insbesondere antimuslimische, Politiken zu legitimieren.²⁹

27 RFJ Steiermark: Unsere Frauen sind kein Freiwild!, <https://fpoe-stmk.at/presse/archiv/detail/rfj-steiermark-unsere-frauen-sind-kein-freiwild> (Zugriff: 12.12.2025).

28 Gabriele Dietze: Das ‚Ereignis Köln‘. In: FEMINA POLITICA – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 25 (1), 2016, S. 93–102.

29 Sara R. Farris: *In the name of women's rights. The rise of femonationalism*. Durham 2017.

Abgesehen von Rassismus und den menschenverachtenden politischen Forderungen, die im Zuge dieser Kampagnen tradiert werden, fördern Letztere die Verschleierung des strukturellen Problems häuslicher Gewalt. Dies wurde jüngst wieder an den Aussagen des umstrittenen FPÖ-Politikers Udo Landbauer³⁰ manifest, der konstatierte: „Solange nur ein Kind, ein Mädchen oder eine Frau durch einen illegalen Völkerwanderer Leid erfährt, ist das ein Fall zu viel.“³¹ Problematisiert wird in diesen Kampagnen demnach nicht sexualisierte Gewalt an sich, sondern dass sie von migrantischen Personen ausgeübt wird – es wird also ein *Otherring von sexualisierter Gewalt*³² betrieben. Ich gehe nicht davon aus, dass die Aussagen meiner Interviewpartnerinnen nur ein Echo dieser Diskurse sind, sondern vielmehr, dass sie aus einer komplexen Gemengelage aus gesellschaftlichen Grundstrukturen, der jeweiligen politischen *conjuncture*³³, den unmittelbar

- 30 Landbauer war bis 2018 stellvertretender Vorsitzender der pennalen Burschenschaft Germania zu Wiener Neustadt, bei der ein Gesangbuch mit antisemitischen, rassistischen und NS-verherrlichenden Texten entdeckt wurde und woraufhin Ermittlungen wegen Verdachts auf Wiederbetätigung durch die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt gegen Mitglieder der Burschenschaft aufgenommen wurden, die bald darauf wieder eingestellt wurden. Nach einer äußerst kurzen Pause kehrte Landauer auf das politische Parkett zurück und ist seit 2023 als Landeshauptfrau-Stellvertreter von Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) in Niederösterreich tätig. Siehe z. B.: Sandra Schieder: Udo Landbauer: Im zweiten Anlauf zum Rekordergebnis. In: Der Standard, 29.1.2023, <https://www.derstandard.at/story/2000143025460/udo-landbauerbeim-zweitenanlauf-zum-rekordergebnis>; , o.A.: Nazi-Lieder bei Burschenschaft von FPÖ-Kandidat Landbauer. In: Der Standard, 24.1.2018, <https://www.derstandard.at/story/2000072861626/nazi-lieder-bei-burschenschaft-von-fpoe-kandidat-landbauer>; Nina Horaczek: „Wir schaffen die siebte Million“, In: Falter, 23.01.2018, <https://www.falter.at/zeitung/20180123/wir-schaffen-die-siebte-million> (Zugriff: 3.6.2025).
- 31 Joachim Lielacher: FPÖ-Landbauer: „ÖVP-Versagen macht unsere Mädchen und Frauen zu Freiwild“. In: OTS-Presseaussendungen, 24.4.2026, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260524_OTS0005/fpoe-landbauer-oevp-versagen-macht-unsere-maedchen-und-frauen-zu-freiwild (Zugriff: 31.5.2026).
- 32 Stefanie Mayer, Iztok Šori, Birgit Sauer u. a.: Mann, Frau, Volk. Familienidylle, Heteronormativität und Femonationalismus im europäischen rechten Populismus. In: Feministische Studien 36 (2), 2018, S. 269–285, hier S. 277.
- 33 Moritz Ege: Konjunktur/Konstellation. In: Peter Hinrichs, Martina Röthl, Manfred Seifert (Hg.): Theoretische Reflexionen. Perspektiven der Europäischen Ethnologie. Berlin 2021, S. 177–194.

gemachten Erfahrungen und Psychodynamiken resultieren. Die letzteren auf individueller Ebene stattfindenden Aspekte wiederum stehen in engem Zusammenhang zu den beiden erstgenannten. Für ein besseres Verständnis der Verarbeitungsmodi gemachter Erfahrungen untersuche ich im nächsten Abschnitt Narrationen im Bereich der Armutserfahrungen, die anschließend mit jenen der Gewalterfahrungen hinsichtlich ihrer Projektionsrichtung verglichen werden.

Sozialstaat – „Das ist echt schräg, was die Ausländer kriegen“

Viele der Gesprächspartnerinnen berichten von mehr oder weniger langen Phasen, in denen sie mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Besonders häufig wurde über plötzlich erforderliche Ausgaben, wie Klassenfahrten oder das Ersetzen eines Haushaltsgeräts oder Fahrzeugs, als Krisen für das eigene Budget berichtet. Solche unerwarteten Kosten können drastische Auswirkungen in einem Ausmaß haben, dass sogar Teile des alltäglichen Grundbedarfs nicht mehr finanzierbar sind. Diese Erfahrungen, über die vor allem allein-erziehende Befragte berichten, zeigen klar, welche existenziellen Folgen das Fehlen eines zweiten Lohns durch den Partner haben kann; die bindenden Effekte finanzieller Abhängigkeiten in Partnerschaften werden hier manifest.

Auf staatliche Hilfen, die die konkrete Armut lindern würden, und eine nachhaltige Sicherung ihres Lebensunterhalts und damit der Reproduktion, können oder wollen viele nicht zurückgreifen. Die Gründe hierfür sind vielfältig und reichen von der Überzeugung, „es unabhängig schaffen zu wollen“, über zu wenig Kenntnisse hinsichtlich der konkreten Schritte von Antragstellungen bis zu diskriminierenden Erfahrungen, die manche der Befragten bei entsprechenden Ämtern machten, was sie schließlich dazu veranlasst, sich nicht mehr mit potenziellen Hilfeleistungen auseinanderzusetzen, die ihnen möglicherweise zustünden. Yvonne Fischer fasst ihre Erfahrungen, die sie beim Ansuchen um staatliche Unterstützungen machte, resigniert zusammen:

„Gut, und dann, was man ganz oft hört, bei Stellen, wenn man gerade um was ansucht, weil man sich das vielleicht nicht so gut leisten kann, ja, hätte man sich vorher überlegen müssen,

bevor man ein Kind kriegt, ob man sich das leisten kann. Ich kann dir gar nicht sagen, wie oft ich das gehört habe [...] Die Welt will Nachwuchs, aber will kein Geld dafür investieren. Wie sollst du dir das dann leisten? Das ist schwierig. Oder, was ich auch oft gehört habe, ja, man hätte sich ja nicht vom Vater trennen müssen, dann wäre es auch einfacher.“³⁴

Zurechtweisungen wie jene, sich vorab zu überlegen, ob man „sich ein Kind leisten kann“, oder gar, sich nicht vom Vater zu trennen, manifestieren tief verankerte klassistische und sexistische Strukturen: Yvonne Fischers Entscheidung, sich vom (gewalttätigen) Kindesvater zu trennen, wird als selbstverschuldete Ursache für die finanzielle Schwierigkeit, in der sie sich befindet, delegitimiert. Der Sozialstaat antwortet also – auf der Ebene der *street-level bureaucrats*, die ihn repräsentieren – mit herablassender Ablehnung und adressiert damit zugleich die Selbstverantwortung kapitalschwacher Bürger:innen: Er bestraft – so die Erfahrung, die Frauen wie Yvonne machen – jene, die qua sozialer Herkunft und patriarchaler Strukturen arm sind und sich etwa gewaltförmigen Beziehungen nicht bedingungslos beugen.³⁵ Mechanismen wie diese sind bekanntermaßen keine Seltenheit und entstehen nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines globalen und, historisch gesehen, lange bestehenden Diskurses über arme Menschen, in der stets eine „moralische Klassifizierung des Sozialen“ vorgenommen wird, die es ermöglicht, „die soziale Situation“ von kapitalschwachen Menschen „als Resultat der Muster der Lebensführung“ zu sehen, anstatt die komplexen Strukturen sozialer Ungleichheit anzuerkennen.³⁶

34 YF, o8/23.

35 Die Veränderung der Adressierung an Menschen in neoliberalisierten Formen des Sozialstaates scheint hier auch eine Rolle zu spielen. Potenzielle Adressat:innen von staatlichen Zuwendungen werden als ‚doppelt verantwortungsbewusst‘ konstruiert – denn indem sie für *sich* Sorge tragen, belasten sie *die Gesellschaft* nicht. Vgl. Stephan Lessenich: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld 2013; ein Überblick zu den Debatten über den Zusammenhang von Geschlecht und dem aktivierenden Sozialstaat kann in Mona Motakef: Prekarisierung. Bielefeld 2015, S. 85–88 nachgeschlagen werden.

36 Rolf Lindner: ‚Unterschicht‘. Eine Gespensterdebatte. In: Rolf Lindner, Lutz Musner (Hg.): Unterschicht. Kulturwissenschaftliche Erkundungen der Armen in Geschichte und Gegenwart. Freiburg im Breisgau 2008, S. 9–17, hier S. 15 f.

Im Abschnitt zur Frage der Gleichberechtigung zeigte sich, dass die Befragten die eigenen Gewalterfahrungen nicht an die Ebene politischer Strukturen zurückbinden. Bei den Armutserfahrungen verhält es sich anders: Diese werden in einen direkten Zusammenhang mit den staatlichen Strukturen gebracht. Dies möchte ich anhand des Gesprächs mit Lena Peric, einer zum Zeitpunkt des Interviews rund 30-jährigen Mutter zweier Kinder, veranschaulichen. Mit Blick auf die Arbeitsteilung in ihrer Beziehung sagt sie, dass es „irgendwie klar war, dass er arbeiten geht“ und sie zuhause bleibt. Sie erzählt: „Für ihn war immer wichtig, dass die Mama beim Kind daheim ist. Ja, passt ok, mache ich gerne [*lacht*]“. ³⁷ Diese Arbeitsteilung beeinflusst die spätere ökonomische Lage von Lena und ihren Kindern nachhaltig. Nachdem das Paar sich trennte, hatten sie einen gemeinsamen Kredit in der Höhe von 5.000 Euro abzubezahlen, den sie für das Einrichten der gemeinsamen Mietwohnung aufgenommen hatten. Er wanderte schließlich nach Südeuropa aus, wobei Lena das Motiv für die Ausreise in seiner Zahlungsunfähigkeit sieht. Zum Zeitpunkt des Interviews ist sie ohne abgeschlossene Ausbildung und hat zwei Kinder zu versorgen. Im Interview schildert sie ihre schwierige Lage exemplarisch anhand einer Situation, in der sie sich etwa einen Monat vor unserem Gespräch wiederfand. Sie hatte in der Fischzerlegungsfabrik, in der sie mehrere Jahre arbeitete, gekündigt, sich für einige Wochen arbeitslos gemeldet und wollte anschließend Mindestsicherung ³⁸ beantragen. Ihr Antrag wurde allerdings abgelehnt. Als Grund verwies das Amt auf das Geld auf den Sparbüchern der Kinder:

„Nichts darfst du haben, nein. Darfst du echt nichts besitzen. Darfst in keinem Besitz sein, ich habe ja dann noch eine stillgelegte fondsgebundene Lebensversicherung. Die läuft auf den Felix [Sohn], da sind 2000 Euro drauf und ich zahl’ 50 Euro für meine Pension ein. Und derweil ich so viel da halt hab, geht’s mir noch immer viel zu gut [*lacht*]. Aber das

37 LP, 08/22; später im Interview berichtet sie davon, auch während der Zeit, in der sie nicht offiziell erwerbstätig war, stets in anderen Haushalten geputzt und zusätzlich zu ihren eigenen Kindern auch auf die Kinder von Freund:innen gegen Bezahlung aufgepasst zu haben.

38 Bundesweite Sozialhilfe, die bei sehr geringem Einkommen und in Fällen, in denen kein Besitz vorhanden ist, gewährt wird.

Geld ist halt für die Kinder gerichtet und das greife ich niemals an. Dann habe ich halt einmal zwei Wochen von nichts gelebt. Wirklich, jetzt, im Juli, die letzten zwei Wochen. Kein Geld gehabt. Aber es ist gegangen, meine Speis[ekammer] ist eh bummvoll. Mit Mehl, was weiß ich. Es ist voll gegangen, ich war echt erstaunt, eigentlich in was für einem Luxus ich als Armer eigentlich noch immer lebe. Weil, es geht auch so, mit 20 Euro, so die zwei Wochen [*lacht*]. Und mein Nachbar da unten, der ist Sozialarbeiter und der hat letztens erzählt, das ist echt schräg, was die, ah, Ausländer kriegen, da wird die komplette Wohnung bezahlt. Alles, alles, die ganze Wohnung für die Ausländer, wird alles vom Staat übernommen, dann kriegen sie noch ein bisschen ein Taschengeld, 200 Euro im Monat, mit dem sie halt wirtschaften müssen, aber die Wohnung, alles wird bezahlt, alles. Von Strom, Heizung, Betriebskosten, alles. Ich kriege 193 Euro Wohnbeihilfe, muss noch 400 Euro zahlen.“³⁹

Der Schluss, den viele der Gesprächspartnerinnen aus diesen Erfahrungen, und den diskursiven Ressourcen, derer sie sich bedienen, ziehen, ist – wie an Lenas Ausführungen deutlich wird –, dass der Staat zu wenig Mittel für ‚fleißige, einheimische‘ Arbeiterinnen und Mütter, wie sie selbst es ist, aufwende, während diese Mittel migrantischen Personen zugesprochen würden. Derartige Erzählabfolgen finden sich auch bei weiteren Befragten.

Julia Huber beschreibt, wie sie sich nach der Trennung von ihrem Ex-Partner – der sich nur im rechtlich vorgeschriebenen Ausmaß finanziell an den Ausgaben des gemeinsamen Sohnes beteiligte – an eine öffentlich zuständige Behörde wandte, die ihr von einer Lehrerin ihres Kindes empfohlen worden war:

„Natürlich kriegst du nichts [...]. Toll, also da schaust du mal durch, da habe ich gefragt, ob ich sonst wo Mittel herkriege, sonst stehe ich da. Ich habe einen Kredit zu zahlen, eine geringfügige Arbeit, ein Kind, ich habe kein Kind, dass ich es abgebe, der Mutter habe ich auch nicht alles zumuten können,

die macht eh viel zu viel. Da bin ich draufgekommen, dass du eigentlich als Österreicherin in Österreich verrecken kannst, das ist leider so. Und beim Amt bin ich dann ein bisschen ausgeflippt, habe gesagt, ‚okay, das nächste Mal male ich mich schwarz an, ziehe noch ein paar Kinder nach und dann kriege ich das ganze Geld‘. Es ist – ich bin nicht ausländerfeindlich – aber es ist so. Ja, bei der Gemeinde war nichts zu holen. Ich bin wirklich dagestanden wie die Kuh vor der Tür, das ist so. Es ist schön, dass wir in so einem tollen Land wohnen, wo du Unterstützung kriegst, nämlich keine. Das ist eine bodenlose Frechheit.“⁴⁰

Julia erhielt also nach der Trennung von ihrem Ex-Partner weder finanzielle Unterstützung durch den Staat noch beteiligte sich der Vater ihres Sohnes ausreichend. Die ‚schwarze, kinderreiche Familie‘ fungiert auch hier als Projektionsfläche: In Julias Erzählung wird diese zu einer sozial figurierten Gruppe,⁴¹ die „das ganze Geld“ kriege, während ihr und ihrem Sohn ebendieses verweigert wird, obschon – und dies wird hier implizit mitverhandelt – es ihnen im Gegensatz zur ‚schwarzen Familie‘ eigentlich zustünde. Diese moralische Erwartung wird vom strafenden, sozialdisziplinierenden Staat jedoch enttäuscht.

Simone Hofer wiederum beschreibt die Schwierigkeiten, mit denen (Groß-)Mütter sich konfrontiert sehen, und wechselt dabei im Erzählmodus zwischen allgemein-politischem Kommentar und der eigenen Erfahrung als Großmutter:

„So wie jetzt, ich meine, gestern habe ich wieder auf die Kinder [Enkelkinder] geschaut. Da muss ich um halb 12 aufstehen, da schlafe ich genau vier Stunden. Muss aber in der Nacht [Nachtschicht von 22–6 Uhr] wieder arbeiten gehen, aber ich muss, ich will sie unterstützen. Weil es sind meine

⁴⁰ JH 06/23.

⁴¹ Vgl. Moritz Ege, Jens Wietschorke: Figuren und Figurierungen in der empirischen Kulturanalyse. Methodologische Überlegungen am Beispiel der ‚Wiener Typen‘ vom 18. bis zum 20. und des Berliner ‚Prolls‘ im 21. Jahrhundert. In: LiThes. Zeitschrift für Literatur- und Theatersoziologie 11, 2014, S. 16–35, hier S. 34 f.

Enkelkinder, nicht. Aber es ist nicht einfach. Und das finde ich schon arg. Weil, ich meine, ich denke, wenn du denkst, was die Leute alle. Ich will das ja jetzt nicht sagen, aber, was Ausländer zum Beispiel alles reingestopft kriegen in den Arsch, was eigentlich wir Österreicher brauchen würden. Wenn sie das alles ein bisschen verändern würden, wäre es auch viel einfacher. Aber da wird halt nicht geschaut.“⁴²

In den Interviewausschnitten zeigt sich, dass individuelle Erfahrungen mit Krisen sozialer Reproduktion – mit vergeschlechtlichter institutioneller Abwertung, mangelnder Unterstützung, Ausbeutung und Armut – selten in einer Kritik an struktureller Ungleichheit oder an staatlicher Sozialpolitik (etwa restriktiver Sozialgesetzgebung) – ebenso wenig in einer Kritik an patriarchaler Kultur – münden. Vielmehr werden sie häufig durch Projektionen auf soziale Figuren eines migrantischen ‚Außen‘ verarbeitet und mit Sinn versehen. In einschlägiger Literatur werden derartige Deutungen vor allem unter dem Begriff des *Wohlfahrtschauvinismus* diskutiert. Damit wird beschrieben, dass Menschen soziale Leistungen nur für bestimmte Gruppen (‚uns Österreicher‘) befürworten, für migrantische Personen oder andere Minderheiten allerdings nicht. Eine Haltung also, die den Sozialstaat per se zwar befürwortet, allerdings eine Einschränkung seiner Zugänglichkeit, typischerweise nach nationaler oder ethnischer Zugehörigkeit, einfordert.⁴³

Das „Ausflippen“ auf dem Amt, die Rede vom „Schwarz-Anmalen“ oder die Wiedergabe von Nachbarserzählungen über „die Ausländer“ markieren Bruchstellen in den Erzählungen der Interviewten: Im Fokus steht die symbolische Umdeutung der eigenen Benachteiligung in relative Privilegien anderer, die als unverdient erscheinen. Allerdings, das habe ich im vorherigen Abschnitt gezeigt, manifestierten sich in Bezug auf Fragen der Gleichberechtigung andere Mechanismen, die auf eine andere, abstraktere Art und Weise zur Abgrenzung von Migrant:innen führten: Dort wurden die

42 SH, 01/23.

43 Vgl. Jan Mewes, Steffen Mau: Unraveling Working-Class Welfare Chauvinism. In: Stefan Svallfors (Hg.): Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond. Stanford 2012, S. 119–157.

persönlich gemachten Erfahrungen dezidiert nicht zur Begründung politischer Einstellungen herangezogen. Ein ökonomisch-deterministischer Schluss, der die Rassismen der Gesprächspartnerinnen lediglich als aus den unmittelbaren Erfahrungen abgeleitet und damit als uneigentlich und gewissermaßen leicht zu beheben behandelt, erscheint daher als unzureichend. Sehen wir uns deshalb für eine aufschlussreiche Einordnung des vorliegenden empirischen Materials abschließend einige wichtige Interpretationsangebote zur Frage nach der Entstehung rechter Ideologeme an.

Rechte Ideologeme: Mehr als unmittelbare Notwehr?

Das empirische Material, demzufolge persönlich erfahrene Belastungen sich in rassistischen Ressentiments entladen, reiht sich in Befunde zahlreicher historischer sowie aktueller Studien ein. Vor dem Hintergrund bestehender Konkurrenzverhältnisse innerhalb einer Gesellschaft fungieren rassistische Deutungen von Welt, so eine weitverbreitete Interpretation, „als Affektableiter und Identitätsstifter qua Ausgrenzung“.⁴⁴ Besonders prominent wurde eine solche Interpretation des ‚abgeleiteten Affekts‘ durch Arlie Russell Hochschilds Buch *Strangers in Their Own Land*, in dem sie die Metapher der Warteschlange bemüht: Während weiße (meist männliche) Arbeitende sich in der sozio-ökonomischen Warteschlange als nicht vorankommend empfinden, würden sich andere Personen aufgrund von antidiskriminatorischen Policies⁴⁵ in der Warteschlange vordrängeln, woraufhin ein Hass auf die sich Vordrängelnden entstünde, was die Menschen für rechte Ideologien mobilisierbar mache.⁴⁶ Hochschilds Metapher aufgreifend, interpretiert der Soziologe Klaus Dörre in seinem Buch *In der Warteschlange* das rechte Weltbild, das ihm in seiner Forschung

44 Benjamin Opratko: Rechtspopulismus als Krisenbearbeitung: Anmerkungen zum Aufstieg von AfD und FPÖ. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 47 (186), 2017, S. 123–130, hier S. 124.

45 Die Protagonist:innen in Hochschilds Studie referenzieren diesbezüglich auf *Affirmative Action Policies*; Siehe z. B. Arlie Russell Hochschild: *Strangers in their own land. Anger and mourning on the American right*. New York, London 2018, S. 92 f.

46 Ebd.

mit Arbeitenden begegnete⁴⁷, als Umdeutung eines Klassenkonflikts in eine „Auseinandersetzung zwischen anspruchsberechtigten Inländern und parasitären Eindringlingen“⁴⁸.

Für den deutschsprachigen Raum war in dieser Frage auch das bereits 2009 veröffentlichte, allerdings erst 2016 ins Deutsche übersetzte, Buch *Rückkehr nach Reims* des französischen Soziologen Didier Eribon von großer Bedeutung. Er vertritt darin – ausgehend von einer autobiografischen Analyse – die These, dass die kommunistische Partei Frankreichs sich von ihrer sozialen Basis abwandte und sich „große Teile der Unterprivilegierten jener Partei zuwandten, die sich nunmehr als einzige um sie zu kümmern schien und die zumindest einen Diskurs anbot, der versuchte, ihrer Lebensrealität wieder Sinn zu verleihen“.⁴⁹ Eribon schreibt weiter, er sei sich sicher, „dass man die Zustimmung zum Front National [heute Rassemblement National] zumindest teilweise als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss“.⁵⁰

Derartige Interpretationsangebote behaupten – bei allen Unterschieden, die sie im Detail aufweisen – einen Kausalzusammenhang zwischen Prekarisierungserfahrungen und rechten Einstellungen oder gar rechtem Engagement. Diese Deutung kann auf Grundlage weiterer empirischer Analysen zunächst bestätigt werden: Auch in der 2023 erschienenen und seither vielbeachteten *Triggerpunkte*-Studie machen die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser eine klassenspezifisch negativere Einstellung in Migrationsfragen aus, was sie mit den materiellen Bedingungen eines prekarierten Teils der Arbeiter:innenklasse begründen.⁵¹ Unterschiedliche

47 Dörre schreibt genauer zur empirischen Erhebung: „Pegida und die AfD als Demokratiebewegung normaler Lohnabhängiger – das ist der Tenor von Selbstdarstellungen radikal rechts orientierter Arbeiter, die wir im Rahmen eines laufenden Forschungsvorhabens zum ‚Gesellschaftsbild des Prekariats‘ erhoben haben“. Die Forschungsgruppe aktualisierte 2017/18 mit ihrer Studie eine „Basisstudie zu Prekarität und Rechtspopulismus aus den Jahren 2003 bis 2006“; Klaus Dörre: In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Münster: 2020, S. 166.

48 Ebd., S. 271.

49 Didier Eribon: *Rückkehr nach Reims*. Aus dem Französischen von Tobias Haberkorn. Berlin 2018, S. 122.

50 Ebd., S. 124.

51 Mau, Lux, Westheuser (wie Anm. 18), S. 131.

Untersuchungen, etwa aus Deutschland und Österreich, zeigen, dass sozioökonomisch schlecht gestellte Personen sowie, eng damit verknüpft, jene mit niedrigerem Bildungsgrad rechten Ideologien mit höherer Wahrscheinlichkeit anhängen.⁵² Diese Personengruppen erleb(t)en oder befürchten in Folge der Strukturveränderungen der letzten Jahrzehnte einen sozialen Abstieg, was sie – so die Annahme – rezeptiver als andere Gruppen für rechte Ideologien macht.⁵³ Aus makrostruktureller Perspektive kann passend hierzu ergänzt werden, dass dort, wo Austeritätspolitik durchgesetzt werden, der Zuspruch zu rechtsextremen Parteien signifikant steigt.⁵⁴

Auch die Politikwissenschaftlerin Gudrun Hentges stellte – mit Blick auf eine in mehreren europäischen Ländern Anfang der 2000er Jahre durchgeführte Studie, in der sozioökonomischer Wandel, individuelle Reaktionen darauf und die Attraktivität extrem rechter Positionen untersucht wurden – fest, dass Prekarisierungserfahrungen „dazu führen können (aber nicht müssen), dass [Menschen] auf Autoritarismus, Nationalismus, Standortnationalismus, Rassismus, antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus oder Verschwörungstheorien rekurrieren, um unter Bezugnahme auf diese Ideologien der Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit ihre individuellen Erfahrungen zu bewältigen“.⁵⁵ Hentges argumentiert, dass einerseits die sozioökonomischen Veränderungen, die sich in postindustriellen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten zutragen, sowie andererseits

52 Siehe bspw. Richard Hilmer, Bettina Kohlrausch, Rita Müller-Himler u. a.: Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. In: Forschungsförderung Working Paper 44, 2017, S. 3–59; Thomas Lux: Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die Alternative für Deutschland: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70 (2), 2018, S. 255–273.

53 Vgl. Carolin Amlinger, Oliver Nachtwey: Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus. Berlin 2025.

54 Siehe z. B. Leonardo Baccini, Thomas Sattler: Austerity, economic vulnerability, and populism. In: American Journal of Political Science 69 (3), 2023, S. 899–914.

55 Gudrun Hentges: Die populistische Lücke. Flucht, Migration und Neue Rechte. In: Karina Becker, Klaus Dörre, Peter Reif-Spirek (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Bonn 2020, S. 101–115, hier S. 102 f.

die Krise der politischen Repräsentation (also der „Vertrauensverlust aus den unteren Schichten gegenüber Parteien und Gewerkschaften, die traditionell die Interessen der Arbeitenden vertreten haben“) die entscheidende Kombination des gegenwärtigen politischen Rechtsrucks ausmacht.⁵⁶ Jörg Flecker und Sabine Kirschenhofer benannten diesen kombinierten krisenhaften Wandel der Sozialstruktur und der politischen Repräsentation in ihrer Analyse der Veränderung in der Arbeitswelt und des parallel dazu entstehenden Aufstiegs des Rechtspopulismus in Österreich treffend als die *populistische Lücke*.⁵⁷

Diese in der Tendenz ähnlichen Ergebnisse sollten Forschende und die politische Öffentlichkeit allerdings nicht dazu veranlassen, Ideologien der Ungleichheit, wie etwa Rassismus, als „uneigentliches Phänomen“, als eine „eine problematische Ausdrucksform ohne eigenen ideologischen Gehalt“ zu begreifen.⁵⁸ Mit Blick auf die in diesem Artikel besprochene Empirie lässt sich mit solchen Interpretationen zwar der Aspekt des Wohlfahrtschauvinismus erklären, nicht jedoch die Projektion von Gleichberechtigungsproblemen auf ein migrantisches Außen. Dieser Befund ergibt sich aus dem narrativen Einsatz beziehungsweise Ausblenden der persönlichen Erfahrungen. Gewalt im familiären Umfeld wird explizit nicht auf eine politisch-strukturelle Ebene transferiert, während dies bei der Armutserfahrung – in einem wohlfahrtschauvinistischen Register – der Fall ist. In beiden Fällen richtet sich der Unmut jedoch auf das rassialisierte migrantische Aussen.

Um dieses Phänomen zu erklären, lohnt es sich, ideologiekritisch orientierte Ansätze zu befragen: Sie fokussieren auf psychodynamische Aspekte, auf deren Grundlage rechte Mobilisierungsstrategien beziehungsweise *faschistische Agitation*⁵⁹ greifen. In dieser

56 Ebd., S. 104.

57 Jörg Flecker, Sabine Kirschenhofer: Die populistische Lücke: Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs. Berlin 2007.

58 Silke van Dyk, Stefanie Graefe: Identitätspolitik oder Klassenkampf? Über eine falsche Alternative in Zeiten des Rechtspopulismus. In: Karina Becker, Klaus Dörre, Peter Reif-Spirek (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte. Bonn 2020, S. 337–353, hier S. 347.

59 Leo Löwenthal: Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation. Aus dem Englischen von Susanne Hoppmann-Löwenthal. Berlin 2021.

Denktradition stehend wurden etwa die *Studien zum autoritären Charakter* der Frankfurter Schule besonders prominent, in denen der Zusammenhang „zwischen der Ideologie und den soziologischen Faktoren [...] in der Entwicklung des Individuums“ und die daraus folgende Potenzialität für faschistische Mobilisierung beforscht wurde.⁶⁰ Ideologie hat in dieser Interpretation „eine Funktion bei der Anpassung des Individuums an die Gesellschaft“ und, so die Annahme, die „Empfänglichkeit des Individuums für solche Ideologien [hängt] in erster Linie von psychologischen Bedürfnissen [ab]“.⁶¹ Diese Denktradition ist insofern fruchtbar, als dass sie psychodynamische Aspekte umfassender beachtet. Sie tut dies, indem sie davon ausgeht, dass Menschen sich in der kapitalistisch organisierten Gesellschaft mit psychodynamischen Herausforderungen konfrontiert sehen, die aus den Strukturen dieser Gesellschaft – in der Sozialisation und in der darüber hinausgehenden alltäglichen Praxis – hervorgehen. Dem kausalen Zusammenhang zwischen der konkreten (Einzel-)Erfahrung (beispielsweise Prekarisierung) und der Rezeptivität für rechte Welterklärungen und Forderungen wird damit ein komplexeres Modell entgegengesetzt.

Zurückgebunden an die oben diskutierte Empirie scheint eine solche Interpretation von rechten Affinitäten, die Psychodynamiken miteinbezieht, als fruchtbar: Sie macht es möglich, die Popularität derartiger Ideologeme unter den befragten Frauen als Ergebnis der Resonanz von strukturellen Grundbedingungen und darin entstehenden psychologischen Dispositionen, direkteren Erfahrungen von Gewalt und (kultureller) Deklassierung sowie ökonomischer Unsicherheit in einer bestimmten politischen Konstellation, in der schließlich eine spezifische Form politischer Agitation wirksam wird, zusammen zu denken. Ein solcher Ansatz ermöglicht es, auch die geschlechtsspezifischen (Gewalt-)Erfahrungen in die Interpretation und die Erklärung dieser Zusammenhänge mit aufzunehmen, da Ideologeme eben nicht einfach von der ökonomischen Position und den darin gemachten Erfahrungen (oder Ängsten) der sozialen Deklassierung abgeleitet werden können. Wenn der komplexe Versuch unternommen wird, die gesellschaftlichen Strukturen in ihrer Wirkmacht auf

60 Theodor W. Adorno: *Studien zum autoritären Charakter*. Aus dem Englischen von Milli Weinbrenner. Frankfurt am Main 2016, S. 7.

61 Ebd., S. 3.

die Subjektivität der Menschen zu erfassen, ohne dabei unmittelbare Erfahrungen außer Acht zu lassen, so wird es möglich, die projektiven Momente zu begreifen. Der zuletzt besprochene Interpretationsansatz der Kritischen Theorie und der darauf aufbauenden Sozial- und Kulturforschung blickt jedoch nur selten wirklich strukturiert *auch* auf die jeweilige politische Konstellation und auf die in ihr wirksamen Diskurse. Diese jedoch bestimmen, das betonte bereits Theodor W. Adorno in den *Studien zum autoritären Charakter*, maßgeblich „die Wahl der sozialen Objekte psychologischer Aggressivität“.⁶²

Rechte Diskurse in der gegenwärtigen Konjunktur

Erst die (Mit-)Beachtung der Spezifik der jeweiligen gesellschaftlichen Konjunktur ermöglicht es dementsprechend, rechte Mobilisierungsstrategien umfassend im Verhältnis zu seinen Rezipient:innen im jeweiligen historischen Moment zu verstehen. Denn diskursiv zirkulierende Themen, Bilder und Narrative werden einerseits durch politische und mediale Akteur:innen gesetzt und propagiert, andererseits werden jedoch auch Elemente der Alltagskultur und des Alltagsverständes in sie aufgenommen.⁶³ Für die Protagonistinnen meiner Forschung bieten rechte Gruppierungen ein vermeintlich vielversprechendes Angebot: Ihnen gelingt es, den Alltagsverstand der Mütter umfassend anzurufen, indem sie explizit deren Erfahrungswelt, aber auch bestehende Meinungen sowie Wert- und Moralvorstellungen adressieren.⁶⁴ Die reproduktive Sphäre wird in diesen

62 Ebd., S. 278.

63 Vgl. Jeremy Gilbert: Das Kulturelle in politischen Konjunkturen. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaften 13 (2), 2019, S. 104–114.

64 Auf Grundlage der von den Befragten adressierten Probleme habe ich medial zugängliche Positionierungen aufgesucht und analysiert. Die FPÖ agiert aktiv in den Diskursbereichen rund um *sexualisierte Gewalt* und den *erodierenden Sozialstaat*. Beide Themen werden meist mit *Migration* verbunden. Im Zuge meiner Forschung wurde die Mobilisierungsseite jedoch nicht systematisch analysiert, weshalb auf einige relevante Arbeiten in diesem Themenbereich hingewiesen sein soll: Die Verbindung von *sexualisierter Gewalt/Misogynie* mit migrantischen (insbesondere muslimischen) Männern wurde umfassend von Gabriele Dietze unter dem Begriff des *sexuellen Exzeptionalismus* besprochen; Gabriele Dietze: Sexueller Exzeptionalismus. Überlegenheitsnarrative in Migrationsabwehr und Rechtspopulismus. Bielefeld 2019. Für den österreichischen Kontext

rechten Mobilisierungsstrategien auf mehreren Ebenen als anerkennungswürdige und zu schützende Arena inszeniert: In ihr bewegen sich hilfs- und schutzbedürftige Frauen, die dort ihrer vermeintlichen Kernaufgabe – der Haus- und Sorgearbeit – nachgehen.⁶⁵ Mutterschaft wird in rechten Diskursen der Gegenwart gekonnt zu einem „modernisierten Inklusionsversprechen“ stilisiert, indem ihr ein hoher gesellschaftlicher Wert zugeschrieben wird, der zugleich als Gegenentwurf zu scheinbar dominanten feministischen Anrufungen positioniert wird. Die Rechte bietet also gesellschaftliche Anerkennung für Mütter – ohne den Druck, eine wettbewerbsbasierte Berufskarriere verfolgen zu müssen.

Dies geschieht in einer Zeit, in der (neo-)liberale (Post-)Feminismen eine Ideologie der ‚do-it-all-mother‘ vertreten, ohne den sozialdisziplinierenden Charakter des austeritätsgeprägten Sozialstaats, zum Beispiel für Familien, zu kritisieren.⁶⁶ Sie treffen, das zeigt die auf die aktuelle und lokale Konstellation bezogene Analyse, mit ihrer familialen Agitation zielsicher in eine in der gegenwärtigen *conjuncture* bestehende (post-)feministische Lücke. Vor diesem Hintergrund kann der rechte Diskurs für die Protagonistinnen meiner Studie aus nachvollziehbaren Gründen eine interessante alternative Orientierung zu vermeintlich feministischen Diskursen⁶⁷ bieten, da Letztere stark

sind z. B. folgende Abhandlungen aufschlussreich: Stefanie Mayer, Edma Ajanovic, Birgit Sauer: Intersections and Inconsistencies. Framing Gender in Right-Wing Populist Discourses in Austria. In: NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research 22 (4), 2014, S. 250–266; Benjamin Opratko: Im Namen der Emanzipation. Antimuslimischer Rassismus in Österreich. Bielefeld 2019; Karl Beyer, Markus Griesser, Stephan Pühringer: Zwischen Meritokratie und Wohlfahrtschauvinismus. Eine Mediendiskursanalyse zu sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformen der ÖVP-FPÖ-Regierung 2017–2019 in Österreich 109, 2020, S. 5–96.

65 Vgl. Agnieszka Graff, Elżbieta Korolczuk: Anti-Gender Politics in the Populist Moment. London 2021, S. 115–136.

66 Vgl. Marie Reusch: Mutterschaft als modernisiertes Inklusionsversprechen für Frauen. Extrem rechte Thematisierungen von Mutterschaft vor dem Hintergrund der Krise der sozialen Reproduktion. In: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 1 (2), 2021, S. 228–241; siehe auch: Juliane Lang: Rechtsextremismus und Geschlecht im Wandel. Wiesbaden 2025, S. 89–91.

67 Siehe z. B. Akane Kanai, Rosalind Gill: Woke? Affect, neoliberalism, marginalised identities and consumer culture. In: New Formations – A journal of culture/theory/politics 102, 2020, S. 10–27.

auf weibliches Unternehmertum⁶⁸ und damit mittel- und Oberschichtstypische Karrieren fokussieren, was aufgrund der zu Beginn des Textes kurz dargelegten Erwerbsbiografien und der Klassenzugehörigkeit wenig Identifikationspotenzial beinhaltet. Entlang des vorgestellten empirischen Materials kann meines Erachtens festgehalten werden, dass viele der Befragten sich durch rechte Inhalte *substantiell repräsentiert* fühlen. Das Wahlverhalten der Gesprächspartnerinnen kann ich jedoch nicht hinreichend analysieren, um einen Zusammenhang zwischen der Mobilisierungs- und Rezeptionsseite zu behaupten. Viele der Befragten gaben an, (inzwischen) keine der beiden (ehemaligen) Großparteien – die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) oder die Österreichische Volkspartei (ÖVP) – zu wählen, ohne jedoch darzulegen, welche Partei sie stattdessen unterstützen; einige wählten die rechtsextreme Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Die Wahlergebnisse in der untersuchten Region stützen die Annahme, dass die extreme Rechte insbesondere unter prekär positionierten Frauen der Arbeiter:innenklasse erfolgreich ist, insofern jene soziodemografische Gruppe, die der Position dieser Frauen am nächsten kommt, maßgeblich zum Wahlerfolg der FPÖ in jüngster Vergangenheit beigetragen hat.⁶⁹

Zugleich – und dies gibt zusätzlichen Anlass zur Besorgnis – berichten viele Befragte mit rechten Einstellungen, dass sie an den jüngsten Wahlen nicht teilgenommen haben, da sie sich von den zur Auswahl stehenden Parteien nicht repräsentiert fühlten oder sich insgesamt nicht an dieser Form der Politik beteiligen möchten. Dies deutet darauf hin, dass das Wähler:innenpotenzial der radikalen Rechten über das derzeit in Wahlerfolgen Sichtbare hinausgeht und sich auch in Formen politischer Beteiligung jenseits parlamentarischer Wahlen manifestieren kann. Es bleibt abschließend dafür zu plädieren, informierte Strategien zu entwerfen, die den Alltagsverstand adressieren, um der gegenwärtigen Faschisierung etwas entgegenzusetzen, jedoch ohne diesen – und das scheint gegenwärtig keine Selbstverständlichkeit zu sein – selbst als „Maßstab politischer Positionen miss[zu]versteh[en]“⁷⁰.

68 Siehe z. B. Jo Little: The female Entrepreneur: Fragments of a Genealogy. In: European Journal of Cultural Studies 27 (3), 2024, S. 498–508.

69 Siehe z. B. Laumer, Praprotnik (wie Anm. 3).

70 Opratko (wie Anm. 8), S. 46.

"It's Really Weird What Foreigners Get". Experiences of Poverty and Violence Among Precariously Employed Mothers and Receptivity to Right-Wing Ideology

This article draws on an ethnographic study among female factory workers in Styria, Austria, to examine how right-wing ideologemes are manifested in everyday interpretative frameworks. The analysis differentiates between two empirical registers: in the domain of welfare chauvinism, concrete experiences of poverty are explicitly linked to structural conditions, whereas in discussions of gender equality, experiences of violence are not translated into structural critique but instead give way to narratives emphasising the threat posed by migrant men. Right-wing actors instrumentalise these ideologemes by strategically addressing motherhood and precarious livelihoods. The article concludes by engaging with existing interpretative approaches regarding the drivers of contemporary fascisation and argues for an analytical perspective that brings together societal structures, the current political conjuncture, and subjective modes of processing.

URN: urn:nbn:at:at-vkw-231950 bzw.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:at:at-vkw-231950>